

## CO2 Emissionen

1. **Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis spätestens 2030 auf Null gesenkt werden?**

Wir bekennen uns mit der u.a. von uns initiierten Klima- und Energiestrategie „#mission2030“ zu den internationalen Klimazielen, welche eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 36% gegenüber 2005 vorsehen. In der #mission2030 sind die Zielfestlegungen für Österreich sowie die korrespondierenden Maßnahmen zur Erreichung der Ziele enthalten.

Schwerpunkte dieser Strategie sind zwölf „Leuchtturmprojekte“ in den Bereichen Mobilität, Gebäude und Wärme, Energiewirtschaft, Forschung und Innovation, Bioökonomie und „Green Finance“, sowie zum Bereich Kommunikation und Bildung zur Umsetzung bringen. Leider hatten wir in der Zeit unserer Regierungsbeteiligung nicht mehr die Möglichkeit die Nahverkehrsmilliarde in Umsetzung zu bringen. Der Ausbau und die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie die Dekarbonisierung im Verkehr zählen zu den wirksamsten Maßnahmen um die Klimaziele zu erreichen. Mit dem Schienen- und allgemeinen Infrastrukturausbau sind CO2 Einsparungen von bis zu 7,2 Mio Tonnen bis 2030 möglich.

2. **Treten Sie dafür ein, dass die österreichischen Treibhausgasemissionen bis 2025 halbiert werden?**

siehe Antwort Frage 1

3. **Sind Sie für eine österreichweite Verpflichtung aller Bundesländer zum Ausstieg aus fossiler Energie mit einer auf Bundesebene abgestimmten Strategie?**

Die Treibhausgasemissionen der Unternehmen, die dem EU-Emissionshandel unterliegen, müssen EU-weit bis 2030 um 43 % gegenüber 2005 gesenkt werden und tragen somit ebenso zur Erreichung des europäischen Gesamtzieles bei. Dies entspricht einem jährlichen Reduktionspfad um 2,2 %. Bis 2050 strebt Österreich einen Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft – die Dekarbonisierung – an.

4. **Setzen Sie sich für ein höheres Ziel für Klimaneutralität, erneuerbare Energien und Energieeffizienz auf europäischer Ebene ein? Wenn ja wie planen Sie dies konkret?**

Österreich befindet sich mit unserer Klima- und Energiestrategie auf dem Weg der Transformation zu einem möglichst effizienten und klimaneutralen Energie-, Mobilitäts- und Wirtschaftssystem entlang der gesamten Energiewertschöpfungskette (Erzeugung, Transport, Umwandlung, Verbrauch) inklusive aller damit in Zusammenhang stehenden Produkte und Dienstleistungen. Daher muss ein klares Bild davon gezeichnet werden, wie Wirtschaft und Gesellschaft die sich daraus ergebenden Chancen bestmöglich nutzen können. Unsere Klima- und Energiestrategie ist dabei als Beginn eines langfristigen Prozesses zu verstehen. Sie setzt den Startschuss für eine konsequente Weiterentwicklung durch Neuorientierung der künftigen Klima-, Energie- und Mobilitätspolitik.

---

## Energie

5. **Soll Österreich bis 2025 100% seines Stromverbrauches mit Ökostrom decken?**

Wir haben uns in der österreichischen Klima- und Energiestrategie – mission 2030 zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 Strom in dem Ausmaß zu erzeugen, dass der nationale Gesamtstromverbrauch zu 100 % (national bilanziell) aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden kann.

## **6. Sind Sie für einen Importstopp für fossile oder ungekennzeichnete Energieträger?**

Österreich verfügt über Wasserkraft, Windkraft, Biomasse, Solarthermie, Photovoltaik und Geothermie. Darüber hinaus verzichtet Österreich auf Atomkraft. Wir müssen weiter daran arbeiten, um vom Import fossiler Energieträger unabhängiger zu werden.

## **7. Für den Umbau des Energiesystems ist ein jährlich eng definierter Ausbau- und Umbaupfad notwendig. Planen Sie verbindliche Zielpfade mit jährlicher Überprüfung bis 2030?**

Die österreichische Klima- und Energiestrategie soll im Einklang mit den EU-Vorgaben zu den nationalen Energie- und Klimaplänen alle fünf Jahre erstmals 2023 durch die Bundesregierung evaluiert werden.

---

## **CO2-Bepreisung und Subventionen**

### **8. Haben Sie konkrete Vorstellungen wie ein Modell für CO2-Bepreisung auf europäischer Ebene aussehen sollte? Wenn ja, welche?**

EU-Steuern lehnen wir ab.

### **9. Planen Sie, analog zu einigen anderen Ländern, eine CO2-Bepreisung auf österreichischer Ebene zusammen mit einem sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich? Wenn nein, haben Sie konkrete Pläne für ähnlich umfassend wirksame Instrumente, die innerhalb ihrer Legislaturperiode Wirkung zeigen?**

Aus unserer Sicht ist Österreich bereits ein Klimaschutz-Vorzeigeland und so vertreten wir auch den Standpunkt, dass Umweltschutz keinesfalls ein Monopol von selbsternannten Ökos ist. Der Klimawandel ist zwar Realität, doch muss an die Thematik mit Sachlichkeit und ohne Hysterie herangegangen werden. Es ist aber auch nicht rational erklärbar, dass angesichts des hohen Anteils von Kohlenstoffdioxid in unserer Atmosphäre eine CO2-Reduktion in Österreich oder Europa etwas daran ändern könnte. Eine nachhaltige CO2-Reduktion ist ohne Einbindung der USA oder des Wirtschaftsriesen China außerdem wirkungs- und sinnlos. Eine sogenannte „Luftsteuer“ auf CO2 lehnen wir deshalb entschieden ab. Im letzten Jahr haben wir die #mission2030, unsere Klima- und Energiestrategie, auf die Strecke gebracht. Auf Basis dieser Strategie, welche richtungsweisend ist, sollten weitere Maßnahmen und Aktionen, die wir kurz- oder langfristig setzen können, folgen. Weiters wird aber natürlich auch in anderen Bereichen Ausschau gehalten, ob Möglichkeiten zur Setzung von Aktionen bestehen, welche dazu beitragen, die Ziele zu erreichen - wie etwa die Reduktion von Tiertransporten.

Natürlich ist es wichtig, dass die Politik Maßnahmen setzt und alle Möglichkeiten in Angriff nimmt, um die Klimaschutz voranzutreiben, aber auch jeder Einzelne kann in seinem Umfeld noch einen zusätzlichen Beitrag leisten. Wir sehen hier aber von Verboten oder zusätzlichen Steuern ab. Denn aus unserer Sicht funktioniert nachhaltiger Klimaschutz nur dann, wenn jeder davon überzeugt ist und freiwillig alles daransetzt, hier tätig zu werden und so unserer Umwelt Gutes zu tun.

### **10. Sollen alle klimaschädigenden Subventionen (derzeit rund 5 Milliarden Euro) in Österreich bis spätestens 2025 mit Rücksicht auf soziale und wirtschaftliche Härtefälle abgebaut werden?**

Bei Subventionen ist darauf zu achten, ob es sich um nachhaltige erneuerbare Maßnahmen handelt oder ob unsere Rohstoffe verbraucht werden.

Der Bau von Windkraftanlagen, Photovoltaikparks, die Nutzung von Biomasse und Geothermie, Erzeugung von Wasserstoff – all das ist mit Infrastrukturmaßnahmen versehen. Bei der Errichtung ist auf Umweltverträglichkeit zu achten. Die Umweltverträglichkeit wird aus unserer Sicht derzeit mehr als ausreichend bei Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahren sichergestellt. Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Erneuerbare ist darüber hinaus eine wirksame Maßnahme zur Dekarbonisierung.

Aufgrund des vorzeitigen Koalitions-Aus kommt es leider auch im Bereich der Neuregelung der Ökostromförderung zu Verzögerungen. Das geplante Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz kam somit auch nicht zustande, jedoch haben wir uns bemüht und so werden in der kommenden Nationalratssitzung wichtige Beschlüsse gefasst werden, um somit den Fortbestand von Anlagen sicherstellen zu können.

---

## Verkehr

### 11. **Befürworten Sie eine Investitionsoffensive von zwei Milliarden Euro in den öffentlichen Verkehr, um den Menschen den Umstieg zu ermöglichen?**

Österreich hatte unter Verkehrsminister Norbert Hofer wesentlich mehr als die genannten 2 Milliarden für den öffentlichen Verkehr in Planung. Vieles wurde auch gestartet. Ein wichtiges Projekt, die „Nahverkehrsmilliarde“, konnte leider nicht mehr finalisiert werden. Der Ausbau und die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie die Dekarbonisierung im Verkehr zählen zu den wirksamsten Maßnahmen um die Klimaziele zu erreichen. Mit dem Schienen- und allgemeinen Infrastrukturausbau sind CO<sub>2</sub> Einsparungen von bis zu 7,2 Mio. Tonnen bis 2030 möglich.

### 12. **Planen Sie einen Stopp von Infrastrukturprojekte, die klimaschädliche Emissionen befeuern, und eine Umschichtung der Mittel für umweltfreundliche Mobilität?**

Uns ist es wichtig, bei Subventionen ein Augenmerk auf den Klimaschutz zu setzen, aber auch die soziale Verträglichkeit nicht aus den Augen zu verlieren.

### 13. **Treten Sie für eine einheitliche Besteuerung von Kerosin auf österreichischer Ebene ein?**

Wir sind gegen die Einführung von etwaigen neuen Steuern, wie z.B. einer Fleisch- oder CO<sub>2</sub>-Steuer, die letztendlich der einzelne Bürger zahlen muss. Österreich hat bereits eine CO<sub>2</sub>-Steuer in Form der Mineralölsteuer (MÖSt.). Dieses Instrument ist wesentlich wirksamer als die Normverbrauchsabgabe und sollte im Gegensatz zur NoVA stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Energie aus erneuerbaren Primärenergieträgern sollen mit niedrigeren Verbrauchssteuern versehen werden. Damit stärken wir auch die heimischen Energieversorger im Konkurrenzkampf mit Kernenergieproduzenten aus dem Ausland.

## Effizienz und Raumplanung

### 14. **Planen Sie (mindestens) die Verdoppelung der Sanierungsrate? Wenn ja, durch welche Maßnahmen soll das sichergestellt werden?**

Ja. Die thermische Sanierung von Gebäuden ist eine der wichtigsten Maßnahmen, um nachhaltig CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern sowie Energie und auch Geld zu sparen und weiters auch ein Instrument, um den Erhalt von bestehenden Gebäuden voranzutreiben und so dem Flächenverbrauch und der daraus resultierenden Bodenversiegelung entgegen zu

wirken. Effiziente und nachhaltige sowie klimaschonende Ressourcennutzung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Praktikabilität ist das Erfolgsrezept der Fördermaßnahmen zur Gebäudesanierung und dies wollen wir auch weiterhin ausbauen bzw. anstreben.

Die Sanierungsrate zu erhöhen ist ein wichtiger Punkt. Oftmals steht der Bürokratieaufwand nicht im Verhältnis zur Höhe der Förderungen und so war es uns auch ein Hauptanliegen – wie in allen anderen Bereichen ebenso – die bürokratischen Hürden abzubauen, damit die Nachfrage hier wieder steigt und die Förderungen auch in Anspruch genommen werden. Eine Förderungsmaßnahme, welche wir in der Zeit unserer Regierungsbeteiligung umgesetzt haben, war der „Raus aus dem Öl-Bonus“, welcher aufgrund der hohen Nachfrage nachträglich finanziell Aufgestockt wurde. Das hat uns gezeigt, dass weniger Bürokratie mehr für jeden bringt. Leider konnten wir das Projekt des vollständigen Bürokratieabbaus im Bereich der Gebäudesanierung, also bei den bereits bestehenden Maßnahmen, nicht mehr zu Ende führen, aber wir werden hier weiterhin dranbleiben, um diesen Missstand zu beheben. Im Rahmen der von uns miterarbeiteten Klima- und Energiestrategie #mission2030 haben wir ein erstes Grundkonzept erstellt, wonach Maßnahmen im Bereich der Gebäudesanierung aufgesetzt wurden und auch budgetiert wurden.

15. **Planen Sie die Umsetzung eines wirksamen Energieeffizienz-Gesetzes mit verpflichtender Reduktion des Endenergieverbrauchs um rund ein Drittel bis 2025 inklusive Sektorzielen und ausreichenden Maßnahmen?**

Nein

16. **Planen Sie konkrete Maßnahmen, um die Raumplanung und Raumordnung in Österreich klimagerecht zu gestalten?**

Ja. Ein Punkt in unserer Klima- und Energiestrategie unter dem Kapitel „Den urbanen und ländlichen Raum klimafreundlich gestalten“ war auch die Raumordnung. So soll in Zukunft die Verankerung von Klima- und Energiezielen in Raumordnungskonzepten verpflichtend sein. Jedoch benötigt es hier für Maßnahmen den Schulterschluss von Bund, den Ländern, den Städten und den Gemeinden, da die Raumordnung sowie die Raumplanung von allen Genannten wahrgenommen werden.

---

## Finanz

17. **Sollen Finanzprodukte in Zukunft eindeutig gelabelt werden, um klarer ersichtlich zu machen, wenn fossile oder nukleare Energie damit unterstützt wird?**

Nein.

18. **Sollen die im Eigentum oder Teileigentum der Republik Österreich stehenden Unternehmen bis spätestens 2021 Strategien für den vollständigen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe oder deren Herstellung für die fossile Verbrennung bis 2030 vorlegen?**

Ein längerfristiger Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe muss unser aller Ziel sein. Im letzten Regierungsprogramm haben wir daher Weichenstellung für eine langfristige Dekarbonisierungsstrategie, sprich Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft, festgeschrieben.

19. **Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von Ölheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2025 (unter Berücksichtigung von**

### **limitierten sozialen Härtefällen)?**

Ein entsprechender Antrag betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten (Ölkesselbauverbotsgesetz – ÖKEVG 2019) wurde am 2. Juli 2019 im Nationalrat eingebracht und steht bereits auf der Tagesordnung der nächsten Nationalratssitzung am 25. September 2019.

20. Planen Sie ein sofortiges bundesweites Aus von fossilen Gasheizungen im Neubau und ein Ausstieg aus dem Bestand bis spätestens 2030 (unter Berücksichtigung von limitierten sozialen Härtefällen)?

Nein

---

## **Bildung und Institutioneller Rahmen**

21. **Planen Sie die Verankerung des Themas Klimawandel als wesentlicher Bestandteil aller Bildungs- und Ausbildungswege? Wenn ja, wie?**

Die Themen Klima-, Natur und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit sind bereits in den bestehenden Lehrplänen in allen Schulstufen (in unterschiedlichen Zusammenhängen und in unterschiedlichem Umfang) gut verankert.

In der Entwicklung der neuen Lehrpläne für Primarstufe und Sekundarstufe I werden diese Themen weiterhin gut integriert.

Themen des Unterrichtsprinzips Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung werden als neu übergreifendes Thema in den neuen Lehrplänen konkreter und verpflichtend auch in einzelnen Fächern von der 1. bis zur 8. Schulstufe verankert (z. B. Biologie und Umweltkunde, Geografie und Wirtschaftskunde).

22. **Planen Sie die Etablierung eines weisungsfreien Beirats aus Wissenschaft und NGOs, die den Zielerreichungspfad Österreichs bis 2025 bzw. 2030 überwacht und jährlich evaluiert?**

Unser Spitzenkandidat Ing. Norbert Hofer hat bereits die Einrichtung eines „nationalen Klima- und Energie-Rates“ zur Beratung der Bundesregierung vorgeschlagen. Vorbilder sind der Robotikrat oder der Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE), die im Bereich des BMVIT aktiv sind. Beide Räte sind gesetzlich verankert und überparteilich mit Experten besetzt. Einen eigenen Rat für die Beratung der Bundesregierung in der Bewertung von Maßnahmen und Gesetzen auf die Bereiche Klima und Energie halten wir für eine sinnvolle Maßnahme.

23. **Soll Klimaschutz bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen sowie großen Bauprojekten mitbedacht werden und auf Verträglichkeit mit dem Klimabudget geprüft werden?**

Wir gehen darüber hinaus und würden einen Nachhaltigkeits-Check für alle Maßnahmen befürworten.

24. **Setzen Sie sich für eine Schließung der Ressourcenkreisläufe im Sinne der Kreislaufwirtschaft ein, sodass Produkte nicht weggeworfen, sondern wiederverwendet, repariert, und recycled werden können?**

Der durchschnittliche Österreicher produziert pro Jahr ca. 587 Kilogramm an privatem Abfall (Industrie- und Landwirtschaftsabfälle nicht mitgerechnet). Damit liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt. Daher ist es umso wichtiger, die Kreislaufwirtschaft anzukurbeln und diese Abfälle als Sekundärrohstoff weiterhin der Kreislaufwirtschaft zuzuführen. Dabei

spielt die Bioökonomie mit dem Augenmerk auf nachwachsenden Rohstoffen und biogenen Stoffkreisläufen eine wichtige Schlüsselrolle. Ein Umstand, dem auch in der von uns bereits umgesetzten integrierten Klima- und Energiestrategie #mission2030 Rechnung getragen wird. In der bereits von uns erarbeiteten Bioökonomiestrategie ist ein Augenmerk die Erarbeitung von möglichst vielen Wiederverwertungs- und Recyclingkreisläufen unter Berücksichtigung der energetischen Verwertungspfade durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen. Innovative Umwelttechnologien ermöglichen die Rückgewinnung biogener Materialien und deren Kreislaufführung und unterstützen die Bioökonomie. Daher ist es auch wichtig, die Circular Economy weiterhin zu unterstützen und zu fördern.